

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsungspreis mit der abg. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
seit der Freien- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Doch die Freien und Jugendzeitung vierfachl. Nr. 275, unter Kreisband für Deutschland und
Deutsch-Ungarn R. 6.— Reichsamt abg. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gespaltene Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssangeboten 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/2, 10 Uhr frisch in der Expedition abgeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 164.

Dresden, Dienstag den 20. Juli 1909.

20. Jahrg.

Das sozialpolitische Ergebnis des Bülow-Blocks.

Hast zweieinhalb Jahre hat der konservativ-liberale Block geherrscht, eine halbe Legislaturperiode; der Reichstag ist während dieser ganzen Zeit nie geschlossen, sondern immer nur verlegt worden, so daß eine lange ununterbrochene Zeit zur Erledigung der Gesetzesvorlagen gegeben war, und eine ganze Anzahl schwieriger Gesetze ist ja auch erledigt worden. Aber es ist bezeichnend für den Geist, aus dem heraus dieser Block zustande gekommen war, daß ihm nicht ein einziges sozialpolitisches Gesetz entsprungen ist.

Es ist eine Verbesserung des Arbeiterschutzes oder der Arbeiterlänge bedeutet! Die neue Herausgabe des Bülow-Blocks wurde ja auch damit eingeleitet, daß Posadowsky, der Minister der Sozialpolitik, seine Entlassung erhielt, die nichts anderes bedeutete und auch gar nicht anders aufgefaßt wurde, als daß mit der früheren sozialpolitischen Richtung, die wenigstens immer einige kleine Verbesserungen brachte, ein Ende gemacht werden sollte. Die Entlassung Posadowskys und die Abholzung der Sozialpolitik war der erste und einzige Erfolg, den die liberalen Vertreter der Großindustriellen durch die Blockpolitik erzielten.

Der Blocktagtag hat drei Gesetze verabschiedet, die einen sozialpolitischen Charakter haben. Zwei davon sind ausgesprochene „Mittelstandschutz-Gesetze“: das Gesetz über die Sicherung der Bauförderungen und das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Beide Gesetze haben keine wesentliche Bedeutung, auch nicht für die, zu deren Schutz sie geschaffen wurden. Das erstere garantiert zwar einen höheren Schutz bei Bauförderungen, aber es wird auch zur Verdrängung der kleinen Handwerksmeister im Baugewerbe beitragen, weil nun die großen Baugeschäfte auch die Arbeiten der Spekulationsbauteile übernehmen werden, die bis bisher wegen der Unsicherheit der Bezahlung der Handwerker überlebt haben. Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes wird einige große Auswüchse des Bauherrenwesens beseitigen, im übrigen aber den „Ausverkauf“ nur wieder anders gestalten — und alles bleibt beim alten. Jedoch aber haben diese beiden Gesetze keine Bedeutung für die Arbeiter, haben mit diesen gar nichts zu tun.

Nur das dritte beschlossene Gesetz beschäftigt sich mit dem Arbeiterschutz, indem es die Arbeitssitztage der Arbeiterrinnen in den Fabriken neu regelt. Über dieses Gesetz, das nur einen Teil von der Novelle zur Gewerbeordnungsnovelle bildete und getrennt verhandelt wurde, weil es erledigt werden mußte, bildet nichts anderes als eine formelle Erledigung eines internationales Abkommen mensch und ist außerdem ganz untergeordneter Natur. Die Verner Konvention vom 28. September 1907 verbietet die gewerbliche Nacharbeit für alle Arbeiterrinnen in gewerblichen Betrieben, in denen mehr als zehn Arbeiter beschäftigt werden. Die Nacharbeit soll 8 Stunden betragen. In diesen soll der Zeitraum zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens eingeschlossen sein. Für gewöhnliche Fälle sind indes Ausnahmen vorgesehen. Die Gewerbeordnungsnovelle beweist nun im wesentlichen nichts anderes, als unsere Gewerbeordnung mit diesen internationalen Vereinbarungen in Übereinstimmung zu bringen und ferner für dieselben Betriebe, in denen die elfstündige Ruhezeit eingeführt ist, als Höchsttarifzeit zehn Stunden für Arbeiterrinnen festzulegen.

Der Reichstag nahm das Gesetz am 9. Dezember 1908 in dritter Lesung an. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes besagen, daß Arbeiterrinnen nicht in der Nachtzeit von 8 (bisher: 8½) Uhr abends bis 6 (bisher: 5½) Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Feiertage nicht nach 5 (bisher: 5½) Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Die Beschäftigung von Arbeiterrinnen darf die Dauer von 10 (bisher: 11) Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage von 8 (bisher: 10) Stunden nicht überstreiten. Am 1. Januar 1910 treten diese Bestimmungen in Kraft.

Wie man sieht, ist der Fortschritt ein ganz geringer. Das Gesetz führt zum Teil nur in Deutschland ein, was für die englischen Arbeiter schon mit dem 1. Mai 1848, also vor mehr als 60 Jahren, Geschichtskraft erhielt. Trotzdem ist dieses Gesetz kein Werk der Blockpolitik, denn die Unternehmer ließen Sturm gegen diese kleinen Verbesserungen, und die Nationalliberalen machten sich zum Vorführer der Unternehmer, die Nationalliberalen angekommen, dann wäre dieses einzige Gesetz, das den Arbeiterschutz um ein geringes verbessert, geschafft. Jedoch hat nicht der Bülow-Block dieses Gesetz geschafft. Und somit hat die konservativ-liberale Partei nicht ein einziges Sozialgesetz für die Arbeiterrinnen erzielt!

Die sozialpolitischen Gesetze aber, die dem Geiste des konservativ-liberalen Blocks entsprachen, sind glücklicherweise nicht zur Erledigung gekommen. Das ist die Reichsverfassungsgesetzgebung, die das Selbstverwaltungsrecht der Kreisfamilien besitzen wollte, und das Arbeiterschutzgesetz. Die Reichsversicherungsgesetzgebung war dem Reichstag noch nicht zugegangen, aber sie stand in ihren

Grundzügen bereits fest. Und es war zu befürchten, daß sie vom Reichstag noch schlechter gestaltet werden würden als die Regierung in dem Entwurf vorschlug, den sie der Deutschen Reichsversammlung unterbreitete. Denn die Besetzung des Selbstverwaltungsrechts der Kreisfamilien war eine Forderung, die besonders von den Liberalen erhoben wurde; es sei nur an die Reden des Herrn Hugo von erinnert! Was aber das Arbeitskammergesetz betrifft, so steht fest, daß dieses überhaupt nur mit Hilfe des Zentrums eine Aussicht auf Annahme hatte, weil die Großindustriellen jedwedes Arbeitskammergesetz verwerfen und die Nationalliberalen dieser Stimmung gefolgt waren.

Es bleibt nun nur noch der Rest der Gewerbeordnungsnovelle, die Bestimmungen über den weiteren Schutz der Heimarbeit vorstellt. Aber nachdem selbst die Freisinnigen durch ihren Redner Gauthier (Blonie) diesen Schutz der Heimarbeit abgelehnt hatten, war nicht darauf zu rechnen, daß er als ein Werk des konservativ-liberalen Blocks Gelehrte erlangt haben würde. Und somit sind auch die unerledigten gebliebenen Gesetze nur Beweise dafür, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik der Bülow-Block unfeuchtbar und reaktionär war.

Die Arbeiter haben deshalb auch von diesem Standpunkt aus keine Ursache, dem verstaubten Block eine Krone nachzuweinen. Der konservativ-liberale Block war nichts anderes als eine Verbindung des industriellen und agrarischen Ausbeutertums. An den Sozialgesetzen ist deshalb dieser Block auch so wenig gescheitert wie an dem Vereinsgesetz oder an den indirekten Steuern, die die Massen des ärmeren Volkes belasten. Erst die Verteilung der Besitzsteuern, die die industriellen Kapitalisten mehr belasten als die agrarischen Kapitalisten, führte zum Bruch. In der Sozialpolitik vor sich der Block so ziemlich einig — in der Ablehnung jedoch wesentlichen Fortschritts! Der Bülow-Block hat wohl dem Reiche ein Defizit von 500 Millionen gebracht und dadurch vorausah, mit einem Vertrauensvotum. Clemenceau ist vorwärts gegangen, ohne selbst davon besonders überzeugt zu sein.

Die Regierung siegte. Aber die radikale Partei ist trotzdem unruhig. Sie ist ihres Sieges vor dem Gerichte der Wähler keineswegs sicher. Und im Grunde handelte es sich hier vor allem um die bevorstehenden Wahlen. Die großen Reden der parlamentarischen Führer waren ihrem Inhalt und Zweck nach nichts anderes als Wahlmanifeste, Aufrufe an die Wähler.

Clemenceau hat dies klar ausgesprochen. Auch seine große Rede war darauf berechnet. Er hat sich zur „Wahlkompetenz“ der radikalen Partei hergegeben. Er entwickelte und gründete sämtliche Argumente, die die regierende Partei gegen unsere Partei bei den Wahlen ins Treffen führen wird. Was könnte er aber positiver bringen? Keine einzige bedeutende Reform ist durchgeführt. Alle, die gegenwärtig oder nächstens im Senat verhandelt werden, sind entweder zu endgültigem Scheitern bestimmt oder sie werden derart „verbessert“, daß niemand Freude an ihnen haben wird.

Der Ministerpräsident zog durch die Not und durch die Eigenart seines Talents gedrungen, den Angriff vor. Er unterstellte Jaurès und die regierende Partei Dresden und Amsterdam sind nach Clemenceau an allem Unheil der französischen Politik schuld. Jaurès habe sich Bebel und Zules Guesde gefügt, seine Blocktaffel verleugnet. Clemenceau, der von der Entwicklung des Sozialismus keine blassen Ahnung hat, stellte die Sache ganz falsch dar. Genosse Jaurès hat klar gezeigt, daß er in seiner eigenen Fraktion auf Widerstand stieß, da es jedem Sozialisten klar wurde, daß die sozialistische Partei nicht an der bürgerlichen Regierung teilnehmen könne, ohne ihr Programm und die Interessen der Arbeiterklasse aufs schwerste zu gefährden.

Clemenceau erklärte sich zur Mitarbeit mit den Sozialisten bereit. Er werde aber eine Vorherrschaft der Sozialisten nicht dulden. Damit wollte er andeuten, daß in der Periode Combes' der Sozialismus vorherrschend war, was durchaus unrichtig ist.

Die Mehrheit unserer Fraktion in der Kammer war damals durch ihre Stellung im Regierungsbündnis oft gezwungen, zu Dingen Ja zu sagen, die unserer Aufsicht gerade ins Gesicht schlugen.

Clemenceau war vor allem bestrebt, die Verantwortlichkeit seiner sarkalen und brutalen Politik auf die sozialistische Partei und auf den Genossen Jaurès abzuwälzen. Dies gelang ihm nicht. Genosse Willm führte den Beweis, daß seine konserватive Politik, die er unter Verleugnung seiner ganzen Vergangenheit betrieb, daran schuld sei, daß ihn das Zentrum und allzuoft sogar die Rechte unterstütteten konnte und durfte. Hätte Clemenceau wirklich eine großzügige Reformpolitik befolgen wollen, hätte er vor allem die Wahlreform durchgeführt.

Das gegenwärtige Wahlrechtssystem begünstigt die lokalen Sonderinteressen. Der Deputierte betrachtet sich als verpflichtet, seinen eingeschworenen Wählern zu Stellen und Ordenzeichen zu verhelfen. Er liefert sich der Regierung aus, verliert jede Unabhängigkeit. Die allgemeinen Interessen werden verunsichert. Die Folge ist Korruption und wachsende Unzufriedenheit des Parlaments.

Jaurès hat in seiner Antwort an Clemenceau den Mangel jedes positiven Inhalts in den Ausführungen des Ministerpräsidenten nachgewiesen. Er hat die Frage der gewohnten Postbeamten aufgerollt und sah die Regierung damit in größte Verlegenheit, da sie in dieser Frage zwischen ihrer konserватiven Natur und der Furcht vor den Wählern schwankt.

Beantwortet ist die Haltung der radikalen Partei und ihrer Führer während dieser Interpellation. Die radikale „Partei“ hat keine feste Organisation. Der beste Beweis dafür ist, daß die offizielle Vertretung dieser Partei sich ganz entschieden gegen die Regierung, die doch von dem und durch den Radikalismus lebt, ausgesprochen hat. Die Partei wird von dem Teil des Radikalismus geleitet, der sich um Pelletan, Sheeg, Buisson einen französischen Barth, gruppieren und den Schwerpunkt der Politik nicht in Repressionen, sondern in der Reformarbeit sieht. Dieser Widerspruch zwischen den reformistischen und konservativen Radikalen hat sich auch während der letzten Debatte geltend gemacht. Buisson kritisierte die Regierungspolitik mit Schärfe. Dagegen sprach ihr Lasserre, der Führer des konserватiven Flügels, sein volles Vertrauen aus. Wer Reformen will, müsse vor allem die „Ordnung“ aufrecht erhalten. So kommt es auch, daß Clemenceau meint Schumann als Reformer ist.

Auch in der sozialistischen Partei liegen sich zwei Tendenzen unterscheiden. Genosse Jaurès will zwar keine Blockpolitik mehr, bedauert aber diese Unmöglichkeit und unterscheidet zwischen den „guten“ und „schlechten“ Radikalen. Jules Guesde befürwortet den Radikalismus, der auf dem Boden der harrschenden kapitalistischen Ordnung fußt, unterschiedlos. Die Blocktaffel ist eine historische Unmöglichkeit, die aus der Klassenkampfposition folgt. Nachdem der ehemalige Staatsunterherrscher Sarraut einen weiteren Artikel gegen den Radikalismus im Sozialismus angeführt hatte und an Jules Guesde die Frage stellte, ob er noch, wie vorher, den Ausschluß Hertha verlangte, antwortete Jules Guesde: „Wir verlangen von Ihnen eins: befürworten Sie uns, wie wir Sie bekämpfen.“ Diese Erklärung hat großen Eindruck gemacht. Jedes Zusammengehen der Radikalen mit den Sozialisten bei den Wahlen wird jetzt als ausgeschlossen betrachtet.

J. Guesde konnte keine Erklärung beizubringen, so aufzufassen, daß wir beim zweiten Wahlgang die Aktion beginnen. Eher scheint es bei den Radikalen. Lebhaftig hat die Regierung ein sicheres Mittel gegen die Begünstigung der Reaktion: proportionale Wahlen, die Wahlreform. Clemenceau verwarf sie in seiner Rede, mußte aber unter dem Druck der Kammermehrheit informieren nach-

Die Politik der Parteien in Frankreich vor den Wahlen.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. Paris, den 18. Juli.

Die eigenartige Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung, genauer der radikalen Partei, am genauenster der französischen bürgerlichen Demokratie, die fast einen ganzen Monat in Anspruch nahm, endigte am letzten Freitag, wie alle Welt

Zeitungen.

Die neue Lage.

Leipzig, 10. Juli. Wegen der Entwicklung der Sylpho-
loden, die zum Teil im Bergende lagern, das unter der Jurisdic-
tion steht, werden die Nationalisten die Erlaubnis der russischen
Botschaft zu Verhandlungen mit diesen Beuten nachzuholen, die eine
schändliche Bedrohung des öffentlichen Ordnung bilden.

Leipzig, 10. Juli. Aus Urdebill wird gemeldet, daß
mehrere Revolutionäre und den Gouvernementsruppen ein Artillerie-
zug zuverstanden hat, unter dem die Stadt jedoch nur wenig zu-
treten gehabt hat. Die Revolutionäre und auch die regulären Truppen
rückten jedoch fort. Die Revolutionäre und auch die regulären Truppen
rückten jedoch fort. Der russische Konsul hat infolgedessen keine
Befehle aufgetragen, ihre Waffen in das Konsulat zu schaffen
und auf keinem Hause die russische Flagge zu hissen.

Marokko.

Die inneren Wirren.

Madrid, 19. Juli. Eine Meldung aus Melilla zufolge
wurden gegen die Riffleute einen neuen Angriff auf die Vorposten der
spanischen Truppen. Die Spanier verdrängten mit neu eingesetzten
Möglichkeiten ihre Ostsiedlung und bombardierten die vom Feinde
besetzten Guadu-Gebiete. Die Eingeschlossenen wichen zurück, nachdem sie
die vorausliegenden Artilleriefeuer ausgeschalten hatten.

Madrid, 19. Juli. Der aktuelle Kampf ist erster gewesen, als
ganz aufgenommen wurde. Die Mauren erneuerten ihre Angriffe
ganz oben. Der Kampf dauerte heute sehr noch fort. Die Verluste
auf beiden Seiten sind bedeutend. Man berichtet bereits einen Oberst
eines Kommandos und einen Hauptmann als getötet. Eine weitere
Rückfläche werde erwartet.

Nur immer hübsch geistlich!

r. k. Bieber einmal hat ein Offiziersduell in ganz Deutschland
großes Aufsehen erzeugt. Der preußische Oberleutnant Granier schickte
seinen Kameraden Bülowius nieder, weil dieser in ange-
höreiter Stimme verloren hatte, Graniers Frau zu lässen. Da
das Berliner Tageblatt hantäufelnde Angaben über die Details
des Zweikampfes veröffentlichte, die Militärbehörde sich aber trocken
an keinen Dementi aufzumachen, so ist als sicher anzunehmen,
daß das Ergebnis der Wahl entsprechen berichtet hat.

Die Bedingungen zum Duell lauteten nach dem Tageblatt:
10 Schritte Entfernung, gezogene Pistolen, 80 Sekunden Zielzeit, ab-
wechselndes Schießen bis zur Kampffähigkeit eines Teiles. Auch
dem mit den Erfolgenbeinen des Zweikampfes Vertrauten werden
solche Bedingungen den Verstand stören lassen. Ganz abgesehen
davon, daß der Anfang des Duells, auch vom Standpunkt der An-
hänger des Blutausfalls aus, keinen Zweikampf auf Tod und Leben
auslösen konnte, handelt es sich hier überhaupt um un-
erlaubte Feststellungen. In den Bülowius, die für das Duell in
Belohnung kommen, gilt es allgemein als Regel, daß bei Pistolen-
kämpfen in einem einzigen Augenblick zwischenfinden darf,
daß Bülowius in den ersten 15 Schritten (Sprungschritte)
betrogen und die Zielzeit kurz sein muß. Es ist ja auch hier genug
Gelegenheit zur Tötung eines der beiden Gegner geboten. Die
Pistolduelle, in denen bis zur Kampffähigkeit eines Teiles
eines der Teile fortgesetzt wird, sind eine Spezialität des preußischen
Offizierkorps. Darauf hat auch der bekannte am 1. Januar 1897
eingangene Durchsetzung des Kaiser's nichts geändert.

Bis zu dem Durchsetzung bestand für die preußischen Offiziere
die Verpflichtung, dem Ehrenrat einen Ehrenhandel zu mel-
den erst dann, wenn er eine Forderung erlassen oder er-
halten habe. Die Forderbarkeit des Kaiser's aber verfügte,
daß die Offiziere dem Ehrenrat Meldung zu erstatte haben, ehe
sie eine Forderung erlassen. Gest der Ehrenrat hat zu entscheiden,
ob ein Duell mit Rücksicht auf die "Standesethik" unerlässlich ist.
Um da dem Ehrenrat laut Forderbarkeit vom 2. Mai 1874 die
Wahl zu können, dafür zu sorgen, daß die Bedingungen des Bülowius
in seinem Wehrhainlin zu den Schwere des Krieges stehen,
so ist er der eigentliche Ursprung des Duells. Er hat ja festgestellt,
daß ein Dreikampf ausgeschlossen werden darf, er hat auch das ge-
wollte Werk über die Bedingungen zu sprechen und infolgedessen
wird er zum zweiten Mal den Offiziersduell.

Das ist aber der Ehrenrat eine militärische Institution und
die Duelle sind gesetzlich verboten. Somit zwinge der Kaiserliche Er-
schließ eine militärische Institution zur Entscheidung
darauf, ob eine gesetzlich verbotene Handlung stattfinden
soll oder nicht. Just vom Standpunkt der Religion, Sitte und Ord-
nung und ist es doch absolut ungültig, daß eine militärische In-
stitution gewalttätige Handlungen anordnen oder zum mindesten
zulassen. Die Weltweise dafür aber, daß sie dies wirklich tut, er-
bringen sehr gegen ihren Willen die Offiziere, die in Duellen mit
Zweckwerten erkannt oder verurteilt wurden.

Die Kaiserschule des Thrones und des Ultars finden solche
Vorherrschaft durchaus einzuhalten. Die Zentrumsteile, die alle seit
längst sind, daß im Duell geführte Männer ausnahmslos der
eigenen Verbannung anhören, seien sich nicht verantwortlich, im
Königreich ihre ganze Macht für die Abschaffung der Duelle einge-
setzen. Sonst find die freudigen Deute sehr darauf aus, Seelen zu
resten, aber beim Duell erlahmt plötzlich ihr Eifer.

Rum kommt wir zum allerletzten! Offiziere, die ein vom
Ehrenrat ausgeschriebenes Duell ablehnen, werden vor das Ehren-
gericht gestellt und zur Entlassung mit schärfstem Abschlag bestraft.
Der obere Kriegsgericht gibt solchen Untergang immer statt, damit dem
Offizier der "richtige" Ehrebegriff nicht unverhohlen abhanden
komme. Die Folge dieser Praktiken besteht natürlich darin, daß gar
nachste Offiziere, vor allem verherrliche, sich nur deswegen
zu schützen, weil sie andernfalls ihre Ehre verlieren würden. Kein
vernünftiger Mensch wird bezweifeln, daß hier auch eine Art Terro-
rismus vorliegt.

Das Reichsstrafgesetzbuch bestimmt aber in § 210

"Wer einen anderen zum Zweikampf mit einem Dritten ab-
schlägt, insbesondere durch Begehung einer Unbedienung von Ver-
antwortung antretet, wird, falls das Duell stattgefunden hat, mit Ge-
fängnis nicht unter 8 Monaten bestraft."

Dieser Paragraph paßt eigentlich vorzüglich auf die Offiziers-
gerichte. Aber bis jetzt ist er noch nicht auf sie angewendet
worden.

Lehrigen ist hier eine Stütze im Gefüge, die bei der nächsten Ge-
legenheit geschlossen werden sollte. Das Reichsstrafgesetzbuch bestreift
nie aus dem zitierten Paragraphen erschöpflich, die Begehung und
Ausbildung von Begehung usw., wegen Zweikampfvergehen nur
dann, wenn das Duell stattgefunden hat, macht also wieder einmal
die Tüte etw. dann zu, wenn die Stütze aus dem Staate ist. Die an-
gedrohte Strafe sollte auch für den Fall eintreten, daß der Zweikampf
nicht erfolgt ist. Aber so etwas ist natürlich nicht durchführbar,
weil es der Duellfreiheit der Ehrenräte und Ehregerichte den
Satz machen würde.

Wie schnell würde der Staat mit dem Duell aufzuräumen, wenn
es eine Erfindung der Sozialdemokratie wäre! Auf wie viele Jahre
lägen dann die Duellanten in § 8 Buch 1a usw.? Man sollte sich ein-
zusehen, und infolgedessen läme es öfter zu Duellen zwischen Aus-
gebissen, wie die moderne Welt es noch niemals gesehen hätte. Wie fig-
tellerisch mobil gemacht wird, hat ja die Buchausgabe bewiesen,
zu welchen Gewalt der Duellanten, das Weinen der Eltern, die Söhne
gibt es im Deutschen Reiche keine Klassenjustiz.

III. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

e. Köln, 18. Juli.

Der diesjährige Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wird eingeleitet durch eine heut vorzeitig im großen
Gärtnerhaus stattfindende öffentliche Versammlung, zu der als
Redner einige Männer von Stellung und Namen gewonnen sind.
Die christliche Gewerkschaftsbewegung legt bekanntli. Wert auf den
Nachweis, daß sie auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und
Gesellschaftsordnung steht, daß sie den Klassenkampf vertritt und
die Interessen des "Arbeiterstandes" im Verein mit den anderen
"Ständen" vertreten will. Um das auch außen zu bekunden,
hatten die Christlichen ihre Kongresse mit Vertretern bürgerlicher
Kreise aus und trauten sie mit Ansprachen, in denen sie sich das
Bewußtsein staatshaltender und christlicher Gesinnung ausstellen
wollten.

Wie der Vorsitzende des Ausschusses vom Gesamtverband der
christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Schäffer, in
seiner einleitenden Rede verkündete, haben sich die christlichen Ge-
werkschaften im wirtschaftlichen und im öffentlichen Leben die wohl-
wollende Auffassung der weltlichen und geistlichen Obrigkeit,
der Männer der Wissenschaft insbesondere der Nationalökonomie
gewonnen; es sei ihm eine Genugtuung, daß der Kongress verabschiedet
wurde durch die Amtesherren hoher Güte und lieber Freunde;
Staatsminister Freiherr v. Berlepsch, Regierung- und Gewerberat
Trilling, Landesrat Wittmann, die Abgeordneten Trimborn und
Pieper usw.; morgen seien noch mehr hohe Gäste zu erwarten, so
werden das Reichsamt des Innern und die Stadt Köln Vertreter
senden. Die Versammlung begrüßt jeden Raum mit Beifall und
Händeschütteln und stimmt zum Schlus in das vom 1. dauer auf-
gebrachte Hoch auf den Kaiser ein.

Generalsekretär Stegerwald gab jedoch einen Über-
blick über die seit dem ersten Kongress (Mainz 1890) verlorenen
zehn Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeits. Als die Aufgabe der
christlichen Gewerkschaften erklärte er: Anhänger aller bürgerlichen
Parteien zu sammeln, um wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer
Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Überzeugung und
weltanschaulichen Gesinnung im Einklang stehen. Die christlichen Ge-
werkschaften seien entstanden, weil die Sozialdemokratie die Ge-
werkschaftsbewegung mit parteipolitischen und antichristlichen Fremd-
kräften durchsetzt habe und jeden Arbeiter, der nicht auf ihrem Boden
stehe, entweder als Idioten oder als Lumpen behandelte. Den
Kirchengemeinschaften erkenne die christliche Gewerkschaftsbewegung
einen weitgehenden Einfluß auf das Volksschulzen zu, müsse von ihnen
aber die auch anderen Interessengruppen eingeräumte organisatorische
Selbstständigkeit beanspruchen. Die Befreiung auf politischem
Gebiete müsse außerhalb der wirtschaftlichen Organisation erfolgen
und zwar durch Beeinflussung der bürgerlichen Parteien zugunsten
der nach Durchsetzung in der Gesellschaftsordnung ringenden
Arbeiterkraft. Die Unternehmer dürfen nicht bloß als Ausbeuter
und Schafsmacher angesehen werden, man müsse ihr hohes Verdienst
um die ganze Volkswirtschaft, ihre Intelligenz und geistige Über-
legenheit anerkennen. Die bisherige Tätigkeit der christlichen Ge-
werkschaften, die der Redner im einzelnen schildert, stelle ein großes
Stück positiver Arbeit dar; er wünsche, daß die kommende Zeit ebenso
arbeits- und opferfreudig, wie während Idealismus durchdringende
Kämpfer finden möge.

Staatsminister v. Berlepsch, der sich vorstellt als ein Mann,
der von Anfang an die hohe Bedeutung der christlichen Gewerkschaften
voll anerkannt hat und bemüht war, sie nach Kräften zu fördern,
hält eine lange einschlägige Rede über alle möglichen Dinge aus
dem Gebiete der Arbeiterfrage und der Sozialreform. Er erzählt
aus seiner Zeit als Handelsminister, daß ihm nicht gelohnt, nein
hundertmal, wenn er Vorschläge sozialreformerischer Art gemacht
habe, entgegengehalten worden sei, damit werde doch nur der
Sozialdemokratie genützt. Dasselbe könnte man jetzt bei der
Frage der preußischen Wahlrechtsreform beobachten. Da sei es zu be-
fürchten, daß derartige Entwürfe entgegengesetzten werden könnten
wie, als es jetzt Organisationen außerhalb der Sozialdemokratie
gibt, die für derartige Forderungen eintraten. (Der Redner spricht
auch den Nachwuchs, daß dadurch die Dinge besser geworden sind und
die Arbeiterforderungen jetzt mehr Aufsicht auf Erfolg haben.) So
langsam die sozialdemokratische Partei die freien Gewerkschaften als
ihre Organe ansieht und so lange die freien Gewerkschaften sich das
Gefallen lieben, sei an eine Verschmelzung mit den christlichen Ge-
werkschaften nicht zu denken. Dagegen empfahl der Redner den
christlichen Gewerkschaften dringend den Vertrag mit den Kirchen
eine engeren Verbindung herzustellen. Die bisherigen
Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung seien beachtenswert, aber sie
müssten noch viel größer sein, wenn nicht die beispiellose Ver-
säumung vorhanden wäre. Da sollten sich, vor ein getrenntes
Kirchieren noch unvermeidlich sei, die verschiedenen Organisationen
wenigstens so weit zusammenfinden, daß ein vereintes Schlag-
en möglich sei. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß schon in
der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Eingliederung des Ar-
beiterlandes in den staatlichen und sozialen Organismus gelingen
möge, und wenn das im Wege der Reform, nicht der Revolution ge-
schiehe, so sei das nicht zum wenigsten der Einwirkung der christlichen Ge-
werkschaftsbewegung zu danken.

Dr. Brauns, Direktor des Katholischen Volksvereins, redet
an Stelle des erkrankten Professors Höhe über die Triebe der
christlichen Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Redner waren es
religiös-sittliche Ideale, die den zwingenden Grund zum Entstehen
der christlichen Gewerkschaften gaben. Die Bewegung wurde spontan
aus dem Proletariat heraus, weil den katholischen Arbeitern die
marxistisch-katholische Idee mit ihrem starken Materialismus, ihrem
Klassenkampf, ihrer Unwahrschaff und ihrer hektischen Propa-
ganda zuwider war. Das Ideal der christlichen Gewerkschaften
war die wirtschaftliche Solidarität, insbesondere in Fragen der Religion,
der Weltanschauung und der Politik aus dem Spiele lassen.
Richtung vor der Bedeutung des privaten Unternehmens, richtige
Einschätzung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zueinander
und ernstes Friedensstreben — das sind nach Dr. Brauns die Haupt-
merkmale der christlichen Gewerkschaften, die allein die Förderung des
Gewerbes gewährleisten. Eine Gewerkschaft wie die christliche, in
der sich Männer verschiedener Konfession und Parteizugehörung auf
denselben Interessen beruhen, kann sich die christliche, in
der sich Männer verschiedener Konfession und Parteizugehörung auf
denselben Interessen beruhen.

Dr. Stegerwald bestimmt aber in § 210
"Wer einen anderen zum Zweikampf mit einem Dritten ab-
schlägt, insbesondere durch Begehung einer Unbedienung von Ver-
antwortung antretet, wird, falls das Duell stattgefunden hat, mit Ge-
fängnis nicht unter 8 Monaten bestraft."

Dieser Paragraph paßt eigentlich vorzüglich auf die Offiziers-
gerichte. Aber bis jetzt ist er noch nicht auf sie angewendet
worden.

Wie schnell würde der Staat mit dem Duell aufzuräumen, wenn
es eine Erfindung der Sozialdemokratie wäre! Auf wie viele Jahre
lägen dann die Duellanten in § 8 Buch 1a usw.? Man sollte sich ein-
zusehen, und infolgedessen läme es öfter zu Duellen zwischen Aus-
gebissen, wie die moderne Welt es noch niemals gesehen hätte. Wie fig-
tellerisch mobil gemacht wird, hat ja die Buchausgabe bewiesen,
zu welchen Gewalt der Duellanten, das Weinen der Eltern, die Söhne
gibt es im Deutschen Reiche keine Klassenjustiz.

auf dem üblichen Wege durch den Buchhandel wollte Ganter den
von ihm verlegten Roman nicht verteilen, sondern ihn durch Spezi-
alverkäufer, die ebenfalls telegraphisch über die Zahl der ab-
gelegten Exemplare des Buches Adressat geben und den verein-
nahmten Vertrag an die Handelsbank München überweisen sollten.
Ganter hat sich wegen eines fortgezogenen, in Gemeinschaft mit Han-
burg verübten Verbrechens der Privatnotfunden-
versicherung im rechtlichen Zusammenhange mit einem
Verfahren des Betriebs zu verantworten. Ganter ist auch
noch wegen Vergehen gegen das Postgesetz angeklagt.

Die Anklage wird in zwei Teile verhandelt. Der erste Teil
betrifft das Vergehen gegen das Postgesetz. Ganter wird
beschuldigt, gegen § 7 des Postgesetzes verstößen zu haben, indem er
1887 verschollene Briefe in einer Reihe von München nach Danzig
als Eilpost geschickt hat. Die Briefe waren nur mit einer fünf-
pfennigmärkte frankiert. Ganter hält sich für nicht schuldig. Er hält
es für falsch, daß das Postgesetz nicht gekannt habe. Als ihm der Post-
direktor die Mitteilung machte, daß die Verhandlung gegen das
Postgesetz verloste, wandte er sich an die Post und wollte mit ihr
die Vereinbarung treffen, es bei den 5 Pf. Porto zu lassen. Denn
es würde der Postamt geschadet haben, wenn die Briefe nicht als
Eilpost angekommen wären. Der Postdirektor wollte dies aber
nicht tun. Ganter weiß darauf hin, daß er einen großen Teil der
Sendungen zurücknahm und sowohl es anging nachstanzen ließ.
Er habe Pakete 3000 bis 4000 M. Spezialpostbriefen zu verdienen
gegeben. Bei einer Sache, die eine Viertelmillion kostet hat, sei
es ihm doch wirklich nicht auf die 20 000 M. angekommen. Rechts-
anwalt Maurerbrecht soll als Zeuge dafür vernommen werden,
daß Ganter nicht das Abschluß gehabt habe, die Post zu belästigen. Da
der Zeuge nicht erschienen ist, beschließt das Gericht auch aus Zweck-
mäßigkeit Gründen, beide Teile der Anklage zu vereinigen.

Es wird hierauf in die Hauptanklage eingetreten. Auf der
Anklagebank erscheint als zweiter Angeklagter der Kaufmann Ludwig
Hamburg. Es sind acht Zeugen zur Stelle, außerdem zwei Zeug-
e und zwei Durchläufer als literarische Sachverständige. Es war von
zwei Personen eine Anklage wegen Körperverletzung gestellt worden,
das Gericht hat jedoch das Verfahren eingestellt. Beide Angeklagten
sind mehrfach erheblich defensiv worden. Ganter hat sich vielfach an
erstesten gewagten Unternehmungen beteiligt, die ihn mit dem Ge-
richt in Konflikt gebracht haben. Mit großer Rücksicht hat sich
der Angeklagte auch auf schwierigsten gesundheitlichen Lagen zu retten
gewußt und immer neue große Projekte gemacht. Nach der Mittags-
pause wird auf die Entstehungsstufe der Anklage eingegangen.

Weiterbericht von der Wetterstube an der Augustusbrücke

am 20. Juli, mittags 12 Uhr.

Barometer: 756. Veränderlich.

Thermometer: + 17° R.

Thermometropunkt: Min. + 11, Maxim. + 23.

Hygrometer: 61 %.

Wasserstand: + 22. Wasserwärme: + 15.

Weiterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 21. Juli 1909.

Westliche Winde von wechselnder Stärke, veränderliche Be-
wölkung, klar, stellenweise Niederschlag von kurzer Dauer.

Dresdenner Polizeibericht vom 20. Juli.

Vor einigen Tagen fiel an der Spielwiese unterhalb Anton-
ein jährlanger Knabe in die Elbe und wurde vom Strom fort-
getrieben. Auf die Hilfesuche des Kindes eilte der 14 Jahre alte
Kinderhelfer herbei, schwamm dem im Wasser Treibenden nach und
brachte ihn unter Aufsicht aller seiner Kräfte wieder an das Ufer.

Bei der herrschenden starken Strömung war das Rettungs-
boot mit Gefahr für das eigene Leben des Knaben bestreift.

Am Montag nacht gegen 3 Uhr starb eine ältere Garten-
arbeiterin in einem Buhne geistiger Erkrankung aus ihrer Heimat in
der 2. Etage des Hauses Kesselsdorfer Straße Nr. 1 befindlichen Wohn-
haus in den Hof hinab und erlitt einen Lebendwirbelbruch. Sie
brachte sie mit dem Unfallwagen nach dem Friedrichsburger Kranken-
haus.

Letzte Telegramme.

Die staatsgefährliche Fahne.

Paris, 20. Juli. Der Bürgermeister von Lille wurde seines
Amtes entbunden, weil er am 14. Juli, dem Tage des Nationalfeiertags,
am Stadthaus die rote Fahne hissen und bei dem von der Stadt ver-
anstalteten Volksfest die Internationale spielen ließ.

Die marokkanischen Wirren.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Fig. 164.

Dresden, Dienstag den 20. Juli 1909.

20. Stabrgattung

Sächsische Angelegenheiten.

Paniernegative Schwenfungen.

In den Dresdner Nachrichten, die seit längerer Zeit wieder
kläderlos konserвативе Stilübungen sind, wird unter der Überschrift „Die Nationalliberalen am Scheldeweg“ ein Artikel ver-
öffentlicht, der anscheinend eine rührende konserвативе Fürsorge
für die nationalliberalen Partei offenbart. Wie einem Franken
wird der Partei Drehscheibe zugeredet, ja in der Ver-
einigung der konserватiven wegen ihrer Stellung zur Reichs-
finanzreform nicht zu weit zu gehen, denn dann würde die National-
liberalen auf die höchste Ebene der unfruchtbaren Negation kommen
und vereinamt an der Seite des Freisinns marschieren müssen.
Man solle doch einer verständlichen Stimmung zugängig sein, denn
die Reichsfinanzreform sei tatsächlich gar nicht so schlimm wie es
gemacht werde. Dann erwartet sich das konserватive Blatt für
die Reichsfinanzreform in einer Weise, die mit der früheren
Haltung der sächsischen konserватiven nicht in Einklang zu bringen
ist. Sie ist aber nicht zufrieden.

Unter anderem wird darüber also gefeiert: «
Sion operiert jetzt auf nationalliberaler Seite mit dem Argument, daß man einer so schlechten Finanzperform nicht hätte zustimmen dürfen, aber das ist ein Spiegelscherer! Mag an der Reichsfinanzreform auch vieles anzufügen sein — wir selbst haben auf unseren schweren Bedenken gegen diese und jene Einzelheiten am allermeisten ein Hehl gemacht — so kann man doch sagen, daß sie besser ist, als ihr Ruf, daß sie mindestens nicht gleich in Schmid und Bogen verurteilt werden darf, ehe ihre Wirkungen auf unser Wirtschaftsleben klar zutage liegen. Auch die sachlichen konträren Reichstagabgeordneten haben, obwohl sie genau wie die Liberalen in der Erbenfallsteuerfrage unterlegen sind, dennoch für das Reonnement als Ganze gestimmt, weil sie es für ihre nationale Pflicht hielten, daß Reich in einer Lebensfrage nicht im Stiche zu lassen. Nach im Grunde hat der Block der Nation einen wertvollen Dienst geleistet, denn ohne die Rücksicht, den Block zu retten und den Kanzler zu stützen, hätten sich Ultramentane und Polen aus Rücksicht auf ihre Wähler niemals zu einer solchen Belastung des deutschen Volkes mit neuen indirekten Steuern bereit gemacht. Jetzt ist doch wenigstens daß Reich aus dem Graben heraus: die Vorberührung der verbündeten Regierungen auf Bewilligung von 500 Millionen ist voll erfüllt, es ist ganze Arbeit getan und kein Schwind geleistet. Dass die Liberalen dabei nicht mitgemacht haben, weil sie die volkswirtschaftliche Situation lediglich durch die Parteinbrille angesehen haben, ist um so verwunderlicher, als eine Reichsfinanzreform des alten Blöds nicht wesentlich anders ausgesehen hätte als daß Werk der neuen Mehrheit ...»

So geht's drei Spalten lang fort. In derartige Unlusten will man sich ausschließlich aus Liebe für die Nationalliberalen gefügt haben? Minnchen! Das Ganze ist nur ein konservativer Bändner, daß ja den Zweck in Szene gezeigt wird, die sächsischen Konservativen zu veranlassen, sich wieder in das Gehege der preußischen Jäger zu begeben und mit den Bändlern wieder Frieden zu schließen. Zu einer Verhinderung der Reichsfinanzreform zu diesem Zweck ist die Zeit besonders geeignet, denn in zwei bis drei Tagen tritt der erweiterte Vorstand des konservativen Bandesvereins für Sachsen zu einer Beratung über die Stellung zur Reichsfinanzreform zusammen. Den konservativen Männer soll der Weg in das agrarische Lager gezeigt und zugleich bliecher in Aussicht stehende Einschwenzung in die Gesellschaft der preußischen Echtschäfsterneuerhrende gedeckt und so die frühere Spiegelbedrohte durch eine neue abgedeckt werden. Viel Mühe wird es nicht kosten, die Gesellschaft Wehnerts wieder mit der Dertels auszufüllen. Nur für einige Monate wird man sich der Landtagswahlen wegen vielleicht bemühen, noch den Schein einer besonderen Stellungnahme zu erhalten. In Wirklichkeit ist man, wie der erwähnte Artikel und ebenso der kürzlich im Vaterland veröffentlichte aufz neue deutlich zeigen, mit den preußischen Konservativen konjunkturistisch ein Herz und eine Seele.

Was den Begrüßungsmitgliedern

Der Sozialdemokratische Verein für den 13. Reichswahlkreis (Leipzig-Land) hat laut des in der Generalversammlung erstatteten Jahresberichts im vergangenen Geschäftsjahr, das mit dem 1. Juli 1909 abschließt, eine Mitgliedersteigerung von 23 502 auf 23 728 zu verzeichnen. Es ist also ein Anwachs von 226 Personen eingetreten. Das ist immerhin ein günstiges Ergebnis, zumal wenn man bedenkt, daß es in einer Zeit der Krisennot erreicht worden ist. Von den Mitgliedern waren 16 800 oder 70 Prozent gewerkschaftlich organisiert; außäufig ist aber, daß nur 73 Proz. Leser der Leipziger Volkszeitung waren. Es fehlen also 27 Proz. das Parteiorgan nicht. Wenn man bedenkt, daß in einem sozialdemokratischen Verein nur Personen mit zweifellos sozialdemokratischer Gesinnung aufgenommen werden sollen, dann muß die Tatsache, daß ein so erheblicher Prozentsatz Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins das Parteiblatt nicht liest, sehr auffällig sein. Unter Umständen ist das ein Zeichen, daß die Agitation für die Parteipresse nicht unjägend genug betrieben wird. Von den 23 728 Mitgliedern waren ferner nur 10 691, also noch nicht einmal die Hälfte Landtagswähler. Auch das ist ein so niedriger Prozentsatz, daß er zu bedenken geben muß. Es mag sein, daß in den Ortschaften bei Leipzig die Zahl der aus Preußen herübergelommenen Arbeiter, die die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, besonders groß ist; undes würde ein so unbestridigendes Resultat bezüglich der Landtagswähler kaum zu konstatieren sein, wenn in den letzten Jahren die Agitation für die Erwerbung der Staatsangehörigkeit energischer betrieben worden wäre.

Die Feststellungen des sozialdemokratischen Vereins für den 13. Reichswahlkreis sind sehr interessant. Es wäre nur zu wünschen, daß in allen Kreisen die statistischen Erhebungen auf die angebotenen Punkte ausgedehnt würden. Dann würden Vergleiche möglich sein und wir auch Fingerzeige erhalten, wo wir mit der Agitation am nötigsten einzusehen haben. Ebenso günstig wie der Mitgliederbestand waren in dem genannten Wahlkreise die Kassenverhältnisse. Die Hauptkasse bilanzierte mit 70 950,17. Die Einnahmen betrugen insl. des Kassenbestandes vom 1. Juli 1908 70 950,17 M., die Ausgaben 60 742,44 M., so daß am 1. Juli 1909 ein Kassenbestand von 10 207,73 M. vorhanden war. Die erhöhte Einnahme der Hauptkasse kommt fast allein auf das Konto Wahlfonds. In den Parteivorstand wurden 25 000 M. abgezahlt.

Durch das Sekretariat des Vereins ist eine Ulter-
katalog aufgenommen, die allerdings nicht ganz vollständig ist,
aber immerhin bemerkenswerte Ergebnisse liefert. Es gehen

danach im Alter von 18 bis 21 Jahren: 643 männliche und 252 weibliche Mitglieder, im Alter von 21 bis 25 Jahren: 1976 männliche und 410 weibliche Mitglieder, im Alter von 25 bis 30 Jahren: 3868 männliche und 624 weibliche Mitglieder, im Alter von 30 bis 40 Jahren: 6807 männliche und 1149 weibliche Mitglieder, im Alter von 40 bis 50 Jahren: 4882 männliche und 818 weibliche Mitglieder, im Alter von 50 bis 60 Jahren: 1148 männliche und 223 weibliche Mitglieder, im Alter von 60 bis 70 Jahren: 243 männliche und 28 weibliche Mitglieder und im Alter von über 70 Jahren: 22 männliche und 1 weibliche Mitglieder.

Bu den Landtagswahlkreisen

Der Ordnungsbüro im 37. ländlichen Kreise, den bisher Genosse Goldstein vertreten, ist in großer Verlegenheit. Er hat statt des ursprünglich allein erkorenen gemeinsamen Kandidaten der vereinigten Ordnungsparteien jetzt deren drei. Und das kann so. Die Bezirke Müllengrund und Hohndorf-Neudörfel waren mit der Kandidatur des Schuldirektors Dittmann in Friedrichsgrün, von dem man hoffte, daß er den Sozialdemokraten auf jeden Fall besiegen werde, nicht zufrieden. Dort schwören die Ordnungsparteien auf den Schuldirektor Uhlmann; die Hohndorfer Ordnungsmänner und die Bauern im Kreise wollen den Bergdirektor Sandmann in Hohndorf-Lichtenstein als den „besten Wahlvertreter“ befinden haben. Kein Wunder, wenn den „Ordnungsbürgern“ sehr schwül zumute ist, zumal die beiden Pädagogen auch nicht gleich daran denken dürfen, zugunsten eines Bergdirektors gerade zurückzutreten. Über schließlich hilft auch hier „Zureden“, wenn für den Herrn Bergdirektor „höhere taktische Beweggründe und Rücksichten“ ins Feld geführt werden, so daß ihm allein von dem netten Kandidatentrio die Aufgabe zufallen wird, wobei den Sozialdemokraten in den Wahlkampf zu ziehen. — Man nimmt nämlich an, daß der Herr Bergdirektor Sandmann gleich wie sein Kollege Richter im 40. ländlichen Kreise schon durch seine Stellung größere Chancen unter den Bergarbeiterwählern habe und hofft, daß die Bergarbeiter so töricht sein werden, gegen ihre eigenen Interessen zu wüten und einem Mann ihre Stimmen zu geben, der wohl die Interessen besitzt, aber niemals die der Allgemeinheit, des arbeitenden Volkes währen könnte.

Im 38. Landlichen Wahlkreise haben die Vertreterinnen und Männer der freisinnigen Vereinigung beschlossen, als liberalen Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl den Gärtnereibesitzer und Handschuhfabrikanten Hermann Hertel in Überlauingen wieder aufzustellen.

Landtagskandidaturen. Im 9. städtischen Wahlkreise (Döbeln, Waldheim, Leisnig, Mügeln) stellt die Mittelstands-Verbindung den Dresdner Glasherobermeister und Stadtverordneten Wehlich auf. — Im 26. städtischen Wahlkreise (Weigitz, Döbeln, Leisnig, Mügeln) kandidierten Rittergutsbesitzer Schade-Würtz (Bund der Landarbeiter, lons.). — Für den Landtagswahlkreis Werda-Krimmischau wurde als gemeinsamer Kandidat der Deutschen Parteien Rentier und Stadtrat a. D. Christian Döhler in Krimmischau aufgestellt. Döhler gehört der nationalsozialistischen

Die konstruktive Rechtsverfasstheit

Die konservative Doppellandidatur im 45. ländlichen Wahlkreise bleibt bestehen. Wie in der bürgerlichen Presse gemeldet wird, hat eine aus Mitgliedern des konserватiven Vereins und des Bundes der Landwirte bestehende, am 11. Juli in Adorf gewählte Abordnung, die bei Pfarrer Wühring in Eichigt vorstellig werden und ihn veranlassen sollte, von dem Mitbewerbe um das seither vom Bürgermeister Dr. Schanz in Oelsnitz innegehabte Abgeordnetenmandat zurückzutreten, keinen Erfolg gehabt. Pfarrer Wühring wird als zweiter konservativer Kandidat im 45. ländlichen Wahlkreise auftreten. Der national-überlige Kandidat ist bekanntlich auch ein Geistlicher, P. Kröber in Weischau.

in Brambach.

Unter dem Pluralwahlrecht können sich die Konservativen ja den Sport von Doppellandtagsräten in den meisten Wahlkreisen leisten, ohne deshalb eine Einbuße an Landtagssätzen befürchten zu müssen. Denn dieses Gesetz ist ja extra so gemacht, daß die Konservativen in den meisten Kreisen die Mehrheit erhalten müssen. Im 45. ländlichen Wahlkreis ist aber das konservative Übergewicht besonders groß.

Leipzig. Vor mehreren Monaten wurde bekanntlich der Fabrikbesitzer Wagner aus Brunnhof unter dem Verdacht in Untersuchungshaft genommen, in Leipzig vor mehreren Jahren einen Mordanschlag auf seine Frau ausgeübt zu haben. Die Frau Wagner, die seitdem von ihrem Mann getrennt in Hamburg lebt, ist, wie erinnerlich, mehrfach in der Friedrichschen Doppelmordshölle vernommen worden. Sie soll angeblich Angaben über den mutmaßlichen Mörder begri. Den Verfasser der bekannten an den Buchhändler Weber nach der Mordei gerichteten *Expresserzbüste* melden können. Dieser Expresser gab in den seinerzeit veröffentlichten Briefen selbst zu, daß er seinerzeit den Mordversuch auf Frau Wagner verübt habe. Den dreisten Versuch dingfest zu machen, ist bekanntlich immer noch nicht gelungen, sondern man verhaftete nur den Mann der Frau Wagner und unlangst, wie bekannt, auch den Journalisten Dr. Plechner, der die Sache in Wagner's Auftrag in Hamburg aufzuhüften suchte. Wie diesen, so hat man jetzt endlich auch Wagner, nachdem alle Beschwerden und Gefüche desselben gutduldig geworben waren, aus der Haft entlassen, allerdings gegen eine Haftsumme in Höhe von 20 000 M. Ob sich die Verhaftung Wagners nicht schließlich als ein behördlicher Mistkram herausstellen

Klingenthal. An dem allerliebsten Sommerwetter der letzten Wochen liefert folgende Mitteilung des Vogtländischen Anzeigers aus Klingenthal eine ebenso allerliebste Illustration: Die Heuernte im oberen Vogtlande konnte am Donnerstag nach zehntägiger Unterbrechung wieder aufgenommen werden. Das liegende Heu ist allerdings fast wertlos geworden und zum großen Teile verfaulit. Heute früh in den ersten Morgenstunden gab es wieder einen tüchtigen Reis, der hier und da seine Spuren hinterlassen hat. Das war wohl der vierte Frost im Juli dieses Jahres. Erinnert sei daran, daß auch im Vorjahr am 21. Juli hier stellenweise das Kartoffelkraut durch Frost stark gelitten hat und die Bohnen in den

Nachrichten aus dem Lande.

Plauen. Über zwei schwere Automobilunfälle wird nun Plauen folgendes berichtet: Das beim Fabrikanten Reng in Klingenthal gehörende Automobil, in welchem sich sieben Herren aus Klingenthal befanden, wurde am Sonntag auf der Fahrt nach Plauen an der scharfen Kurve der Plauen-Elsterberger Straße, in der Nähe des Gathofs zum heiteren Bild, in einen Seitengraben geschleudert. Alle Insassen flogen in weitem Bogen heraus und wurden teils leicht, teils sehr schwer verletzt. Es wurde sofort ärztliche Hilfe geholt, worauf dann der Transport der Verunglückten nach Klingenthal erfolgen konnte. — Das zweite Automobilunglück, das sich ebenfalls am Sonntag nachmittag ereignete, war noch schwererer Art als das erste. Es ereignete sich an der sächsisch-reußischen Grenze auf der Paascher Straße und betraf die Plauener Fabrikantensfamilie Bod. In dem Automobil befanden sich außer dem Chauffeur und dem Fabrikanten Bod dessen Gattin, Schwiegermutter, drei Kinder und eine zu Besuch hier weilende Dame aus England. Während der vollen Fahrt nach Zeulenroda erfolgte an dem Automobil ein Reifenbruch. Das Automobil stürzte gegen einen Straßenbaum, das rechte Hinterrad wurde zerschmettert und der Wagen in Stücke gerissen. Fabrikbesitzer Bod und der Chauffeur flogen auf eine Wiese und kamen mit leichten Verletzungen davon, während die Gattin, die Schwiegermutter, die drei Kinder und die englische Dame mit voller Wucht auf die Straße geschleudert wurden und bewusstlos liegen blieben. Die Verletzten haben Kinnladen-, Nasenbein- und Rippenbrüche sowie Gehirnerschütterungen usw. erlitten.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Kaserne des 138. Infanterie-Regiments zu Wiedau. Am Sonnabend mittag explodierte ein Speiselöffel; 6 Soldaten wurden schwer verbrüht, einer davon soll bereits verstorben sein. Das Regiment- und das Brigadekommando beweigten jede Auskunft. — Beim Grundgraben in der Margarettstraße zu Chemnitz ist ein 15 Meter hoher verschlossener Baumstamm aufgefunden worden. Der seltsame Fund wurde der Chemnitzer Naturwissenschaftlichen Sammlung zum Geschenk gemacht. — Donnerstag morgen ereignete sich unterhalb der Station Bärenhede bei Värendorf in einer Eisenbahnhalde, daß eine größere Verkehrsstörung zur Folge hatte. Bei dem dieser Station gegen 8 Uhr fehl positionierten Güterzug brach eine Wölbung, wodurch ein Wagen entgleiste. Nur dadurch, daß der Maschinenführer den Unfall sofort bemerkte und deshalb anhielt, wurde größeres Unheil vermieden. — Der 88jährige Waldarbeiter Schmiedel in Reuborff i. S. ist auf dem Staatsforstrevier üblich verunglückt. Er wurde von einem fallenden Baum getroffen und erlitt todartige innere Verletzungen, daß er bald darauf in seiner Wohnung starb. — Ein Unfall hat sich am Sonnabend mittag an einem Neubau in Oschatz ereignet. Das dreistöckige Haus hat einen turmartigen Aufschub, an dem die Deute des Klempnermeisters Schumann beschäftigt waren. Unter ihnen befand sich auch der Lehrling Jenisch, ein Sohn der bekannte Jenisch. Eine Leiter auf dem Gerüste kam ins Rutschen und Jenisch stürzte in die Tiefe, wobei er im Falle mehrmals auf das Gerüst stieß. Er wurde bewußtlos vom Blaue getragen und ins Krankenhaus geschafft. Seine Verlebungen sollen nicht lebensgefährlich sein. — Als der Bäcker Nebert des Gründelteiches in Wauanchau in der Nacht zum Freitag zwischen 12 und 1 Uhr am Teiche entlang nach seiner Wohnung gehen wollte, sprangen plötzlich zwei Unbekannte hinter einem Baum herau, packten Mr. und stürzten ihn in den Teich. Zum Glück ist der Teich gerade an jener Stelle nicht tief, und so konnte sich Nebert wieder herausarbeiten. Die beiden Kerle, die jedenfalls nichts fehlten wollten, hatten indes das Weite gesucht. Der Polizist

Stadt-Chronik

Stadt-Gironi

Was mich wundert.
Es war im Arbeiterviertel. Ich ging durch lange Straßen, jedes Haus gleich dem anderen. Kinder tummellten sich um einen Eiswagen und spielten Fußball mit einem alten Hut. In den Fenstern grüßten da und dort Blumen, auch saubere Gardinen lugten manchmal heraus. Ich trat in eines der Häuser. Das Treppengeländer schmierig, die Wände abgenutzt, die Türen schlecht schließend, überall ein Her und Hin von Feindern, jungen Männern und müden Weibern. Hier wird gewaschen, dort gekocht. Neugierig wird man beobachten was man hier wohl zu suchen habe. Ich steige unters Dach; dort steht die Leiche einer alten Witwe. Ihr Sohn liegt im Sargenhaus; ein Eisenstück zerrückte ihm das Knie. Die erwachsene Enkelin scheuert den Boden. Das Wasser rinnt über die Schwelle, und die Dielen werden doch nicht feisch. Der Geruch der Toten strömt aus der Kammer. Völkig gefleibete Kinder faunern in der Ecke; ein Unterrock mit Spangen befestigt trocknet über dem Herd. Zeitungen liegen auf dem Tische zwischen Kartoffeln und Brot. Vom Fenster aus sieht man hinunter in starrendes Eisen von Trägern, Rädern, Maschinen, Brücken. Das Gedächtnis Himmel oben ist grau; der Rauch erlaubt ihm kein freundliches Gesicht. Ich frage nach den Verhältnissen, drücke dem Mädchen die Hand und gebe beim voll schwerer Gedanken. Was mich wundert? Dass die Welt so ruhig weitergeht. Was mich wundert? Dass trotz solcher Verhältnisse doch Menschen wachsen, die in ihrer Art mit dem Leben fertig werden. Was wissen die Kinder dort von Wiese und Wald, Nahrern und Blumen! Die andere Welt kennen sie doch nur aus Bildern in der Schule. Wohl wandern sie, vielleicht von Monat zu Monat, doch nur in dieselben Stuben und Kammern. Der Vater geht auf Arbeit, die Mutter steht am Waschtrog, die Schwestern sind im Geschäft. Was mich wundert, das ist: da es trotzdem so viel Treuerherzigkeit und Güte gibt. Die Menschen schelten über zunehmende Röheit. Mich wundert, dass sie nicht schon viel höher gewachsen ist. Die Zahl der Entgleisten ist doch, an solcher Umgebung gemessen, gering. Gerade die Sittenstrengsten müssen hier Fehlritte anders herstellen, als bei ihren gehegten und beobachteten Kameraden: Berunschule und dichter Wald haben verschiedene Regel. Wenn die Menschen dort sinken, so ist es doch eiserne Folgerichtigkeit. Man sage nicht, dass sie es nicht besser verhindern, als zu arbeiten und zu trinken. Sie haben ihren Stolz und kennen ihr Herz. Auch zu ihnen kam die Sehnsucht nach Wissen und Glauben, und sie erinnern sich der Tage verlorener Jugend voll Bitterniss. Auch dort lebt Sinn für Rechtlichkeit, Schönheit, Güte. Nur

Dresden, 19. Juli. Im Johannesthor bei Haida im Böhmen wurde gestern vormittag der 14 Jahre alte Malerlehrling Denke die Schämenstrafe führen durch Peitsche und räubte 22 Pf. Als ein stößfähriges Mädchen zum Einfuhr den Laden betrat, verlegte er auch dieses durch Peitsche lebensgefährlich. In der Wohnung des Täters, der verhaftet wurde, fand man eine Menge Schandliteratur.

Innsbruck, 19. Juli. Von der Hochzeit ist der diesige Tourist Wachler abgeführt und schwer verletzt aufgefunden worden. Weitere vier Kinder dieser Touristen, die die Tour ebenfalls unternommen hatten, werden noch vermisst.

Paris, 19. Juli. Im Dunes bei Mézières wurde ein Eisenbahnzug, worin sich Arbeiter und Angehörige der U-Boote befanden, von einem anderen Zug in die Flanke gefahren. 7 Personen sind schwer verletzt nach dem Hospital gebracht worden. Einer ist bereits seinen Belegerungen erlegen.

Paris, 19. Juli. Zu dem Zufall eines Stellvertretervertragsbüro im Zentrum von Paris wurde gestern die Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Der Tod ist durch Revolverschüsse verursacht worden. Die Identität des Opfers und die Umstände des Todes konnten noch nicht geklärt werden.

Toulon, 19. Juli. Eine Feuerbrunst zerstörte in der Nähe der Ortschaft Bouqueroue mehrere Kavallerie, sowie über 100 Heflor Hochwald. Eine Scheune der Familie Orlando brannte ab, wobei ein sechsjähriges Mädchen und ein dreijähriger Knabe in den Flammen umkamen.

Galois, 19. Juli. Der Luftschiffer Ratham unternahm heute morgen um 6 Uhr 45 Min. den Versuch, den Hermannsal zu überfliegen. Der Aufstieg erfolgte bei sehr günstigem Wetter. Der Luftschiffer entschwand mit seinem Apparat bald in sehr beträchtlicher Höhe den Blicken der Zuschauer. Bis 9 Uhr morgens war eine Melde über seinen Verbleib nicht eingetroffen. Kurz darauf traf jedoch ein Schleppdampfer aus Galois ein mit dem Luftschiffer an Bord. Dieser war 18 Kilometer von der Küste infolge eines Motordefekts abgestürzt. Er selbst war nicht verletzt, dagegen hatte sein Apparat Beschädigungen erlitten. Die amineende Vollmannschaft musste den Luftschiffer in frenetischer Weise. Ratham erklärte, dass er sofort, nachdem sein Apparat repariert sein werde, seinen Versuch erneut wieder.

Reval, 19. Juli. An der El. Vitostraße stürzte gestern das Nach Dach eines dreiflügeligen Hauses ein, wobei die Zimmerdecke bei verschiedenen Stockwerken durchbrach und eine Familie, welche gerade beim Mittagessen saß, verschüttet wurde. Das Ehepaar sowie zwei seiner Söhne wurden getötet, eine Tochter ist verletzt worden.

Allen, 19. Juli. Neue Erdfälle sind in Amaliade und Umgebung verzeichnet worden. Berlomunfälle sind nicht zu verzeichnen.

Newport, 19. Juli. In Claremont Park stürzte die Brücke eines Hauses ein, auf die wegen Gewittersturmes mehrere hundert Menschen geflüchtet waren. Fünfzig Personen erlitten erhebliche Verletzungen.

Newport, 19. Juli. Gestern sind in den biesigen Gewässern bei einem plötzlichen Sturm 21 Personen ertrunken.



Aufsatzzzeit.

Die Verlags-Niederlage der Dresdner Preßhessen- und Hornspritz-Gärfabrik, sonst J. L. Bramsch Gmbh. Friedrich Kersting, Wilsdruffer Str. 35 empfiehlt

reinen alten Kornbranntwein sowie ff. reftif. Hornsprit 90% und als besondere Spezialität: ganz alten 1860er Korn außerdem Rum, Arrak, Kognak und echt französisch. Franzbranntwein.

Mutterspritzen



mit 2 Röhrchen von 2.— M. an. Spülflaschen, Reißbündchen, Messlöffel, Hornspitzer, Vorhängen u. hängen. Frauen-Artikel Preisliste gratis 10 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger
37 Am See 37
Gute Doppelwäldner Blätter.
Man achte auf die Firma.

Ochsen-

Haus... 2 Pf. zu 1 M.
Frische Fleisch... 4... 1...
Fleischabschnitte... 5... 1...
Frische Lunge... 4... 1...
Süßepfleisch... 3... 1...
Kopfkleisch... 4... 1...
F. Wierendahl... 2... 1...
Frischer Schmalz... Pf. 65 Pf.
Fr. Schweinefleisch... 65...
Fr. Kalbfleisch... 65...
Speck (Stark)... 75...
Rindsfleisch (fein)... 90...
Schinkenfleisch (fein)... 90...
Gute Nicolastr. u. Schumannstr. 31.

Frauen

erklären das Lehrwesen Buch über Frauenleiden und deren Verhütung nach einem Auszug: Die Verhütung der Schwangerschaft u. Dr. A. Gadeb. Preis w. Vorlo 25, außerhalb Dresden 40 Pf. Frau Fröhlich, Wilsdruffer Str. 22, I. (Ausgaben - einnehmen.) 10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Gerichtszeitung.

Söderbergericht.

Mit falschem Verbandsbuch. Der aus Petrikow in Niederschlesien gebürtige Elektrotechniker Siegler hatte sich wegen verdeckten Diebstahls und Betrugs zu verantworten. Er kam von London nach Deutschland und verschaffte sich in Fürstenwalde vom Centralverband der Tegularbeiter ein Dokument von 1 M., indem er sich als Tegularbeiter ausgab und hierzu ein auf den Namen Julius Konig fehlendes Mitgliedsbuch des Deutschen Tegularbeiterverbandes vorzeigte. Hier in Dresden verdeckte er sich in zahlreichen Fällen vor Kunsthändlern usw. als Tischendienst. Er griff den Frauen und Mädchen im Gedränge in die Kleideräder, erwischte aber nur einmal einen Bekennstift, das sogleich wieder seinen Fingern entglühte. Er bittet darum, nicht nach Niederschlesien abzudrehen zu werden, er wolle auf seine Kosten nach Frankreich fahren. Der Vorwurf stellt ihm jedoch in schiere Aussicht, dass er auf Staatskosten nach Niederschlesien transportiert werden wird. Als Tischendienst soll ihn in London ein gewisser Schulz Golobowitsch "ausgebüllt" haben, der sich gegenwärtig in Konstantinopel befindet. Das Gericht ist der Ansicht, dass es sich um einen internationalen Täuschtrieb und höchst gemeingefährliche Menschen handelt und verurteilt ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Verfassungen.

Maschinenarbeiter. In einer am 18. Juli stattgefundenen Maschinenarbeiterversammlung gab Kollege Th. den Bericht über die nunmehr vorliegende Statistik, die ein Bild der großen Misshandlungen in den Maschinenbetrieben noch herriichten gab. Sie zeigt deutlich, dass die Kollegen alle Ursache haben, sich um ihre Lage zu kümmern und ihre Interessen wahrzunehmen. Wurde doch die beispiellose Täuschung festgestellt, dass in einem Betrieb noch 84 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. In vielen Betrieben befinden noch sehr lange Arbeitszeiten. Auch werden noch Stundenlöhne von 80 und 22 Pf. bezahlt. Der Durchschnittslohn beträgt 48 Pf. Den kürzlichen Wahn bekommen nur 41 Kollegen. Sind diese Löhne für die hiesigen Verhältnisse als durchaus ungereicht zu bezeichnen, so sieht es in begug auf sanitäre Einrichtungen noch viel schlimmer aus. Nur in 18 von 44 befragten Betrieben ist eine Entstaubungsanlage vorhanden; einige befinden sich auch nur teilweise im Betrieb. Die Förderung nach derartigen Entstaubungsanlagen kann nicht lange genug erhoben werden, denn doch der tägliche Aufenthalt in staubgeschwängerten Räumen schwere Gefahren für die Gesundheit der beteiligten Arbeiter mit sich bringt, liegt klar auf der Hand. Es ist einer der vielen Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft, dass die medizinische Wissenschaft fortwährend neue Fortschritte besonders auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung macht, während auf der anderen Seite Leben und Gesundheit der Arbeiter bloß im Interesse des Unternehmersprofits frivolet aufs Spiel gesetzt werden. Schadvorrichtungen waren in den meisten Betrieben vorhanden, jedoch sehr oft in nicht gebrauchsfähigem Zustande. Von 806 in Frage kommenden Kollegen haben seit 1. Oktober 1908 22 einen Unfall erlitten, woson in 8 Fällen einerente in der Höhe von 10 Prozent

und 15 Prozent zuerkannt wurde. In der Diskussion wurde lebhaft bemängelt, dass die Maschinenbetriebe älter durch die Gewerbeinspektion revisiert werden sowie dass sie die revidierenden Beamten den Arbeitern zu ersparen geben. Ferner fand ein Antrag Annahme, dass Geldzuwerben über arge Misshandlungen schriftlich an die Sectionsleitung eingebracht werden, damit diese weitere Schritte einleite. Unter Gewerkschaftlichem teilte Kollege Tielemann mit, dass er sein Amt als Sectionsleiter niedergelassen. Als Grund für diesen Schritt gibt er an, dass er Differenzen mit einigen Kollegen gehabt hat. Nachdem ihm die Versammlung überzeugt hat, dass er sein Amt weiter bekleiden will. In Abrechnung der wichtigsten Tagesschreibung konnte der Besuch ein besserer sein. Die Kollegen müssen doch endlich einsehen lernen, dass nur durch die Organisation das nötige Interesse entgegengebracht wird, ihre recht mögliche Lage verbessert werden kann. (Eing. 19./7.)

Briefkasten.

S. I. 1. Dieser Reich hat ein Reichsamt ohne besondere Gewährleistung nicht. 2. Jahren muss immer der unterliegende oder der oblige Teil. Doch muss die eine Partei unter Umständen für die andere mitarbeiten, wenn die mittellos ist. Das Gewerbeprinzip betrifft nur vom Kostenvorwurf aber nicht von der Sozialpolitik. 3. Der Viehhändler kann nur verfolgt werden, wenn noch dem Nutzen der Viehbrud mit ihm Schiedsgrund vorliegt. 4. Eine Werkezeit ist nicht vorsezüglich. 5. Die Verhärting mit dem fridleren Viehhändler ist nur auf Grund bestehender Genehmigung durch Ministerium zulässig. 6. Die geschiedene Frau kann ihren früheren Familiennamen wieder annehmen oder den Namen des Mannes weiter behalten. Letzteres kann sie aber von dem geschiedenen Manne untersagt werden, wenn die Frau den allein schwang. Die Untersuchung muss durch eine Erklärung des Mannes an das Amtsgericht folgen.

Stecknadelgraphen. Der Bericht der Hauptversammlung ist entgegen gesetzten Wünschen zweckmäßig beschrieben, kann als keine Ausnahme finden.

R. G. Für dieses Vierteljahr muss natürlich noch Wichtiges besagt werden.

Vereinskalender für Mittwoch.

Deutscher Metallarbeiterverband Dresden u. Umg. Metallarbeiter und Auszubildende. Versammlung im Volkshaus, abends 8½ Uhr. Bauarbeiter, Zweigverein Dresden u. Umg. Quartalsversammlung im Volkshaus, abends Punkt 7 Uhr. Steinarbeiter. Versammlung im Volkshaus, abends Punkt 6½ Uhr.

Für die Reise mit Tänzlingen ist als zweckmäßig Radkun "Rufete" zu empfehlen. Es ist leicht zu überreisen, lange halten macht die Aufzähle leichtes verbaulich und lässt vor den gefürchteten Durchsuchungen.



Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

Aufgabe der vom Reichstage beschlossenen

Zollerhöhung

und Nachverzollung
auf Kaffee und Tee

tritt ab 1. August d. J. eine

beträchtliche Verteuerung von Kaffee und Tee ein. — Im Interesse der Konsumenten liegt es daher, sich vorher noch ein Pöstchen billiger Ware zu sichern, um so mehr als ein Nachzoll bis zu einer Gesamtmenge von 10 Kilo nicht erhoben wird. Wir empfehlen unsere große und schöne Auswahl in

Roh-Kaffees

Santos, Guatemala, Costa Rica, Mexikaner, Neigherry, Java, Preanger, Menado

Pfund von 80 Pf. an

Echter russischer

Karawanen-Tee

in Originalpackungen der Händler von des Karaw. russischen, sowie vieler anderer Höhe

Gebr. K. & C. Popoff, Moskau

in Paketen à 1/4 und 1/2 russ. Pfund von 30 Pf. an

Echte chines. Tees

von vorzüglichem Aroma und grosser Ausgiebigkeit

altbewährte, seit Jahren sich der grössten Beliebtheit erfreuende Qualitäten

Pfund 120, 150, 200, 300, 400 und 500 Pf.

in 1/10, 1/5, 1/4 und 1/3 Pfund-Paketen.

Echter indischer Tee

Marke „Stern von Indien“.

Alleinverkauf für Dresden

Von ersten Fachleuten besond. für den deutschen Markt passend gemischte Sorten.

Mit den ersten Medaillen in Brüssel, Antwerpen, Berlin prämiert.

Pfund 200, 250 und 300 Pf.

in 1/10, 1/5, 1/4 und 1/3 Pfund-Pakung. Probepakete 10 Pf.

Auf diese Preise gewähren wir noch

6 Proz. Rabatt in Marken.

Wegen Umbaus

finden große Posten einzelne und gebundene Blumen kostengünstig zu verkaufen.

Blumenfabr. Hesse Scheffelstr. 10/12.

Auf postiert, auch auf dem Hause, am billiger bei Streiche, Cotta Klopstockstr. Nr. 22. Postkarte gestellt.

Elegante gebr. Herren- u. Damen Kleider billig verkauflich. Größe Gr. 12, 2.

Leiterwagen

gr. Auswahl billige Preise

Oswin Bleicher, Eiselenstr. 2. Pflicht, überlegen. 25 Pf.

Armstret, überlegen. 45 Pf.

Überhandnähkoffer. 45 Pf.

Wickkoffer. 25 und 40 Pf.

Basar Gustav Wernicke Dresden Strasse 3.

Achtung! Radfahrer! Türöffn. u. Regen-Jahrsäbel und Zubehörteile. Reparaturen gut und billig.

Zedler, Königstraße 58. Federbetten kaufen. Federreinigung. Matratzen. 12.

Rosel Nitzsche

Vilmstr. 13, Hof L. Grae empfiehlt sich den gebr. Betrieb zur Reinigung von Dekorationen und Vorhänge an.

Da gegen Herren Bock, Kleinerstraße 19, von mir ausgewählte Bekleidung ist. Die Qualität ist nicht eine Art Mode, sondern ein funktionelles Werkzeug.

Dresden, 19. Juli 1908.

Freundl. Herren-Schlafzelle zu verkaufen. Olshausen Straße 52, 3. redet.

Bei. ein gr. Schulmädchen zum Nutz. eines Kind. Etappen. 76, 4. I.

Suche für meine 14 Mon. alte Tochter (Mutter gest.) sanbere, liebvolle Pflegemutter. Nur Leute mit gefunden. sonnigen Eigenschaften wollen sich melden. Off. am Strand, Sonn. 12, 4-7/4, für alles. exs. jude.

